

## Kurzzusammenfassung der Stellungnahmen zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 4.6.2018

Zum Antrag der LINKEN „Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen“ (Bundestags-Drucksache 19/103)

und zum Antrag der Grünen „Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung“ (Bundestags-Drucksache 19/1711)

### DGB – 19(11)25

Fordert weitgehende Überarbeitung der Sanktionsregeln und bis dahin ein Sanktionsmoratorium

Im Einzelnen:

- Kritisiert „Zerrbild vom passiven Arbeitslosen“ und stellt klar, dass fast alle sich ohnehin um Erwerbsarbeit bemühen
- Lehnt gegenwärtige Sanktionsregelungen verfassungsrechtlich ab, weil Alg-II-Höhe zu niedrig bemessen („noch“ verfassungsgemäß); bei höherem Regelsatz hält er Sanktionen für zulässig
- Weist darauf hin, dass das Sanktionsregime faktisch alle Leistungsbezieher\_innen betrifft, nicht nur die Sanktionierten, und im Zusammenhang mit den Zumutbarkeitsregelungen als „Prekarisierungsmotor“ wirkt, Zitat: „Die Sanktionsandrohung verschärft so die ohnehin gegebene Macht-Asymmetrie auf dem Arbeitsmarkt zu Lasten der abhängig Beschäftigten und zu Gunsten der Unternehmen: Arbeitsuchende, die wissen, dass sie bei Ablehnung einer Arbeit sanktioniert werden, können nicht frei und selbstbewusst mit Arbeitgebern über Arbeitsentgelte und -bedingungen verhandeln.“
- Fordert Neuregelung:
  - Zumutbarkeit von Arbeit nur bei sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit, tariflich oder ortsüblich entlohnt; Qualifikationsschutz in den ersten sechs Monaten
  - Ermessensspielraum
  - Kein Eingriff in das Existenzminimum
- Fordert Sanktionsmoratorium bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, falls im BT keine Mehrheit für zeitnahe Neuregelung

### Deutscher Landkreistag – 19(11)42

Fordert geringfügige Überarbeitung der Sanktionsregeln

Im Einzelnen:

- Lehnt strengere Sanktionen für Unter-25-Jährige ab
- Fordert sonst nur Mini-Änderungen
- Unterstreicht Notwendigkeit von Sanktionen

### Zentralverband des Deutschen Handwerks – 19(11)29

Sieht keinen Änderungsbedarf bei Sanktionen, aber in anderen Teilen des SGB II

Im Einzelnen:

- Setzt sich mit Grünen-AN zur Verbesserung der Übergänge in Erwerbsarbeit auseinander

### Paritätischer Wohlfahrtsverband – 19(11)30

Fordert Abschaffung von Sanktionen

Im Einzelnen:

- Hält Sanktionen für verfassungswidrig, weil Existenzminimum nicht mehr gesichert
- Stellt die Folgen für Sanktionierte dar
- Hält Sanktionen für sozialpolitisch verkehrt, weil nicht sinnvoll für Erwerbsintegration:
  - nur 10 % der verhängten Sanktionen stehen im Zusammenhang mit Arbeitsvermittlung, Rest: Meldeversäumnisse u.ä.
  - keine konstruktive Atmosphäre für Vermittlung

### Caritas – 19(11)31

Fordert geringfügige Überarbeitung der Sanktionsregeln

Im Einzelnen:

- lehnt strengere Sanktionen für Unter-25-Jährige und Kürzung der Unterkunftskosten ab
- fordert Begrenzung der Sanktionen wegen Meldeversäumnissen, Begrenzung der Kürzung, schriftliche Rechtsfolgenbelehrung u.a.
- fordert mehr Personal in Jobcentern, bessere Vermittlung usw.

### BDA – 19(11)32)

Sieht keinen Änderungsbedarf bei Sanktionen, aber in anderen Teilen des SGB II

Im Einzelnen

- wollen nichts ändern, finden die derzeitigen Sanktionsregeln angemessen und notwendig, insbesondere auch gegenüber jungen Menschen
- fordern andere Veränderungen: mehr Pauschalierungen u.ä. als Entlastung von Jobcentern

### Kölner Arbeitslosenzentrum e.V. (KALZ) – 19(11)33

Fordert Abschaffung von Sanktionen

Im Einzelnen:

- lehnen Sanktionen ab
- schildern Erfahrungen aus der Beratungspraxis: psychosoziale Folgen von Hartz IV, fehlende individuelle Behandlung durch die Jobcenter

- kritisieren Menschenbild: Stereotyp des faulen Erwerbslosen, Unterstellung von Sozialleistungsmisbrauch
- fordern weitere Änderungen: EGV nur im Konsens, gut ausgebildetes Personal im Jobcenter
- schlagen einen anderen Tonfall an: persönlicher und politischer, näher am Menschen

#### Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. – 19(11)34

Fordert geringfügige Überarbeitung der Sanktionsregeln

Im Einzelnen:

- lehnt strengere Sanktionen für Unter-25-Jährige ab
- lehnt Kürzung der Unterkunftskosten ab
- fordert mehr Ermessensspielraum für Begrenzung von Sanktionen
- fordert Begrenzung der Sanktionstatbestände
- fordert schriftliche Rechtsfolgenbelehrung
- fordert besseres Fallmanagement zur Vermeidung von Sanktionen

#### Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. – 19(11)35

Sieht keinen Änderungsbedarf bei Sanktionen, aber in anderen Teilen des SGB II, u.a. starke Einschränkung der Bedarfsgemeinschaft

Im Einzelnen:

- hält Sanktionen für angemessen und notwendig, Zitat: „Sanktionen müssen spürbar bleiben, insbesondere bei wiederholten Verstößen. [...] Besonderheiten des Einzelfalls und Härtefälle können bereits nach geltender Rechtslage angemessen berücksichtigt werden“
- will Grundsicherung noch stärker auf Wirtschaftlichkeit und Überwindung von Hilfebedürftigkeit ausrichten
- will Zielsteuerung verändern und qualitative Kennzahlen ergänzen (inkl. Kundenzufriedenheit)
- fordert starke Einschränkung der Bedarfsgemeinschaft (Umstellung von horizontaler auf vertikale Einkommensanrechnung)
- fordert mehr arbeitsmarktpolitische Flexibilität für Abbau von Langzeiterwerbslosigkeit, Zitat: „Flexible Beschäftigungsformen sind ein Sprungbrett auf dem Weg zurück in den Beruf“

#### Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – 19(11)36

Fordert geringfügige Überarbeitung der Sanktionsregeln

Im Einzelnen:

- spricht sich gegen strengere Sanktionsregeln für Unter-25-Jährige aus
- spricht sich gegen Sanktionierung in die Unterkunftskosten aus, Umsetzung:
- schlägt für wiederholte Pflichtverletzungen längere Sanktionsdauer anstelle von höherer Sanktion vor
- setzt sich ausführlich mit dem Grünen-AN und mit der Abstimmung von Steuern, Sozialabgaben und Sozialleistungen auseinander

## Unaufgeforderte Stellungnahme vom Netzwerk Grundeinkommen – 19(11)38

Fordert Abschaffung von Sanktionen und Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung

## Unaufgeforderte Stellungnahme vom Sozialverband VdK

Fordert Abschaffung von Sanktionen

Im Einzelnen:

- hält Sanktionen für verfassungswidrig
- hält Sanktionen für ungeeignet, Erwerbsintegration zu unterstützen
- fordert sofortige Streichung der strengeren Sanktionen für Unter-25-Jährige, sofortige Streichung der Kürzung der Unterkunftskosten und sofortige Begrenzung der Sanktionshöhe